

# Die Steuerpläne der Parteien:

## Wie teuer kommt die Bundestagswahl 2013 Bürger und Unternehmen?

ECONWATCH – Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Berlin

29. April 2013

Prof. Dr. Christoph Spengel

Universität Mannheim und ZEW



## Motive für Steuererhöhungen in Deutschland

- Schuldenabbau
  - Im Zuge der Schuldenbremse müssen die Bundesländer - denen das Vermögensteueraufkommen zusteht - bis 2020 ihre Haushalte ausgleichen
  - Vermögensteuer „extrem wichtiger Schritt zur Konsolidierung“ (Norbert Walter-Borjans, Finanzminister NRW)
- Umverteilung
  - Mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens entfällt auf 10% der Deutschen
  - Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013

## Steuerreformvorschläge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

### Wiederbelebung der Vermögensbesteuerung auf Basis von Marktwerten...

- Einmalige **private Vermögensabgabe** (Bündnis 90/Die Grünen)
  - Geplantes Aufkommen 100 Mrd. € innerhalb von 10 Jahren
  - Abgabesatz 15% bzw. 1,5% p.a. gestreckt über 10 Jahre
  - Persönlicher Freibetrag: 1 Mio. €
  - Freibetrag für Betriebsvermögen: 5 Mio. €;  
Begrenzung der jährlichen Belastung auf 35% des betrieblichen Gewinns
- Laufende **Vermögensteuer** (SPD und Bündnis 90/Die Grünen regierte Landesregierungen) für **natürliche und juristische Personen**
  - Geplantes Aufkommen 11,5 Mrd. € jährlich
  - Steuersatz 1% für Kapitalgesellschaften und natürliche Personen
  - Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung (Halbvermögensverfahren): Vermögen einer KapG und Anteile an KapG nur zur Hälfte in Bemessungsgrundlage enthalten
  - Persönlicher Freibetrag: 2 Mio. €

## Steuerreformvorschläge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

... bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommensteuer

- Anhebung des Spitzensteuersatzes der **Einkommensteuer** von 45% auf 49%  
(etwa 54% inklusive Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer)
  - Bündnis 90/Die Grünen: ab zu versteuerndem Einkommen von 80.000 €
  - SPD: ab zu versteuerndem Einkommen von 100.000 €
- **Abgeltungsteuer**
  - SPD: Erhöhung von 25% auf 32%
  - Bündnis 90/Die Grünen: Abschaffung
    - Zinsen: progressive Besteuerung
    - Dividenden: Teileinkünfteverfahren

## Agenda

1. Hat Deutschland ein Umverteilungsproblem?
2. Ist die vermögensbezogene Besteuerung in Deutschland zu niedrig?
3. Führt eine Vermögensteuer zu mehr Verteilungsgerechtigkeit?
4. Benötigt Deutschland neben der Einkommen- und Erbschaftsteuer zusätzlich eine Vermögensteuer?
5. Wer ist von den geplanten Erhöhungen der Einkommensteuer betroffen?
6. Wie wirken sich die geplanten Steuererhöhungen auf die Standortattraktivität aus?
7. Fazit

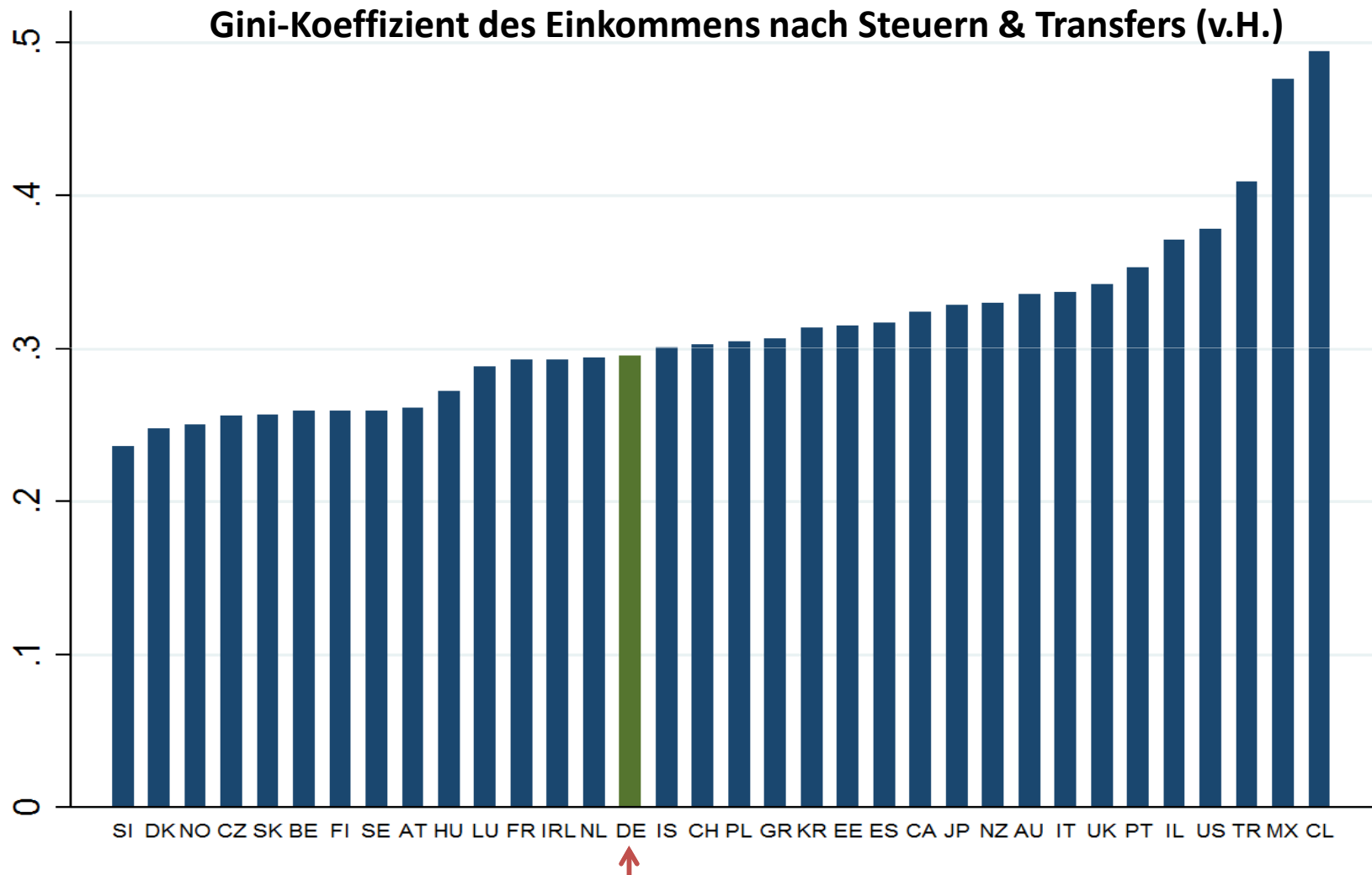
## 1. Hat Deutschland ein Umverteilungsproblem? (1/3)

- **Einkommensteuererhöhungen** und eine (Wieder-)Einführung der **Vermögensteuer** sollen **mehr Umverteilung** bewirken.
- **Antwort:** Gemessen am durchschnittlichen Gini-Koeffizienten zur Einkommensverteilung der OECD-Mitgliedstaaten nimmt Deutschland mit einem Wert von 0,295 einen Platz im unteren Mittelfeld ein (OECD-Durchschnitt: 0,314; siehe Grafik 1). Der Gini-Koeffizient variiert zwischen 0 und 1. Bei Gleichverteilung beträgt er 0 und er nimmt einen Wert von 1 an, wenn das gesamte Einkommen auf eine Person entfiel.

Hinzu kommt, dass der Gini-Koeffizient vor Steuern sowie Transfers durch Steuern und Transfers in Deutschland mit 41,47% deutlich stärker reduziert wird als im OECD-Durchschnitt (31,44%) (Grafik 2).

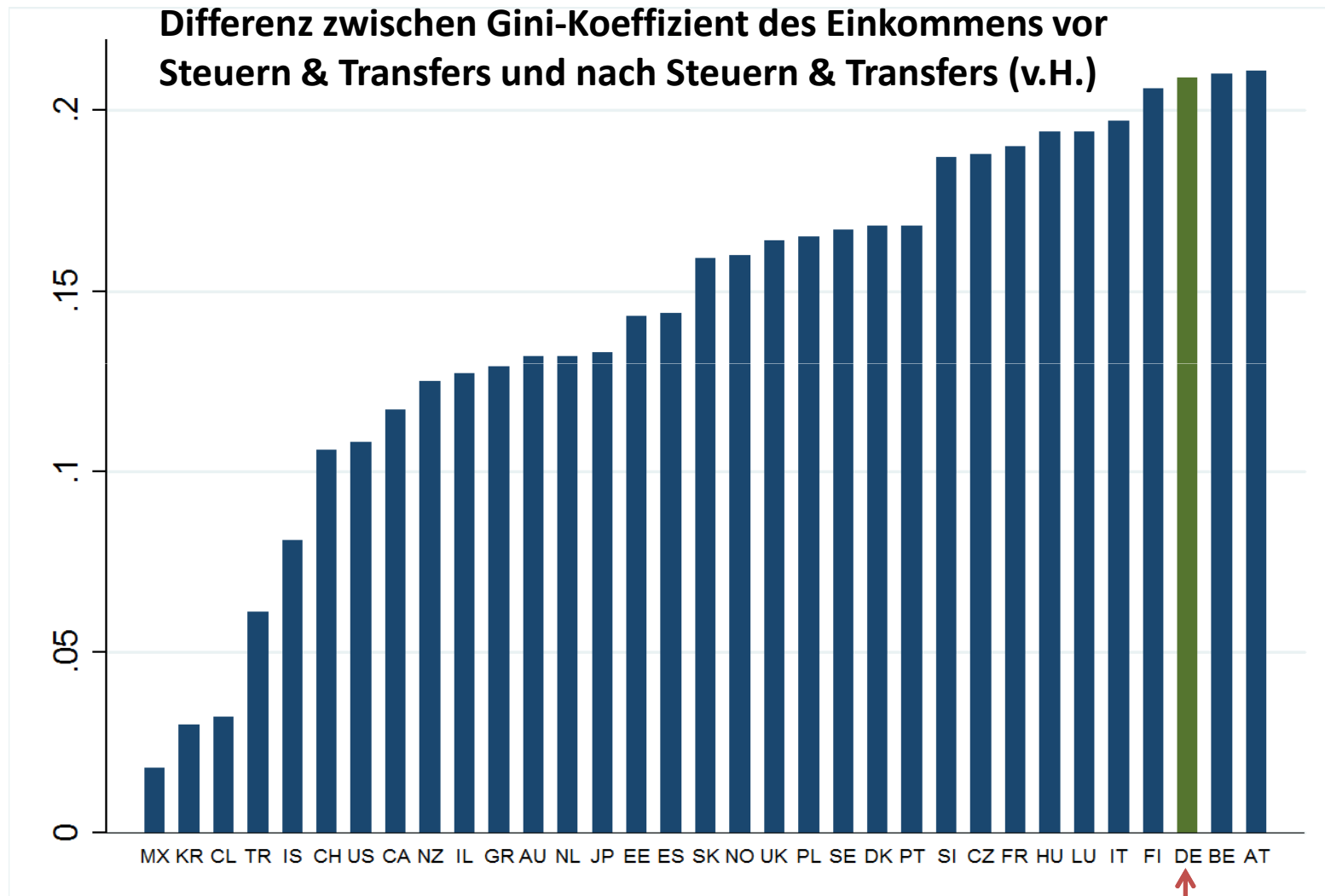
**Damit ergibt sich derzeit in Deutschland eine weitaus größere Umverteilung durch Steuern und staatliche Transferleistungen als im OECD-Durchschnitt.**

# 1. Hat Deutschland ein Umverteilungsproblem? (2/3)



Quelle: OECD

# 1. Hat Deutschland ein Umverteilungsproblem? (3/3)



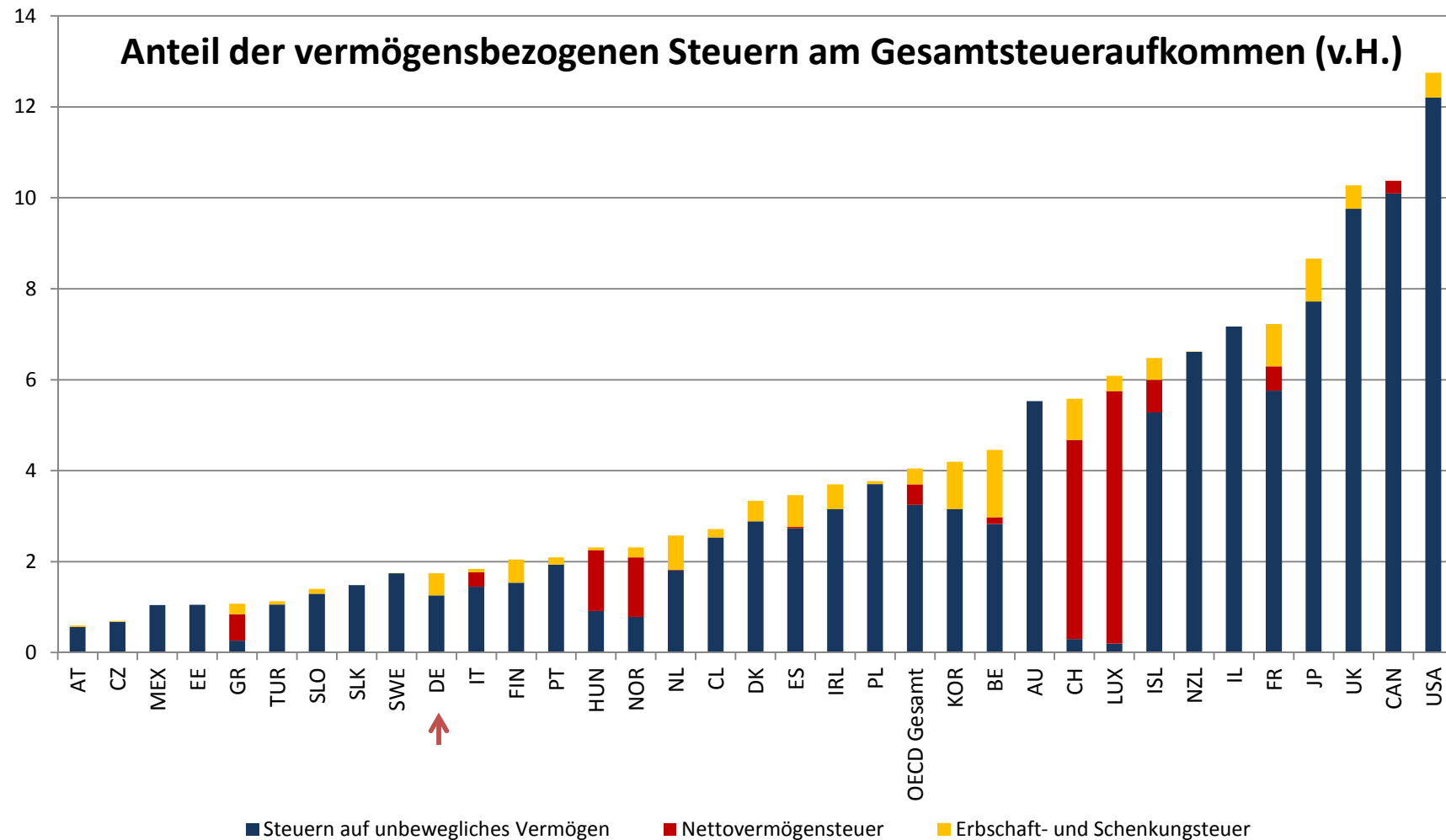
Quelle: OECD



## 2. Ist die vermögensbezogene Besteuerung in Deutschland zu niedrig? (1/2)

- Die Einführung einer Vermögensteuer wird zudem mit einer im internationalen Vergleich der OECD-Staaten **unterdurchschnittlichen Vermögensbesteuerung in Deutschland** begründet. Während die Relation der vermögensbezogenen Steuern zum Gesamtsteueraufkommen in Deutschland rund 1,8 Prozent beträgt, beläuft sie sich im OECD-Durchschnitt auf rund 4 Prozent. (Grafik 3)
- **Antwort:** Der Großteil vermögensbezogener Steuern entfällt auf die **Grundsteuer**. Zudem ist die **OECD-Steuerstatistik** nur **begrenzt aussagekräftig**, da sie keine Abgrenzung zwischen Steuern und Abgaben vornimmt und Ungenauigkeiten bei der Erfassung direkter Nettovermögensteuern aufweist (Beispiele).  
Will man die Steuerbelastung des Vermögens in Deutschland erhöhen, bedarf es keiner Vermögensteuer. Stattdessen könnten Erbschaft- und Grundsteuer durch eine Verkehrsbewertung sowie den Wegfall der bei der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen vorgesehenen Begünstigungen reformiert werden.  
**Alleine eine entsprechende Reform der Grundsteuer würde die Quote der Vermögensbesteuerung auf den OECD-Durchschnitt anheben.**

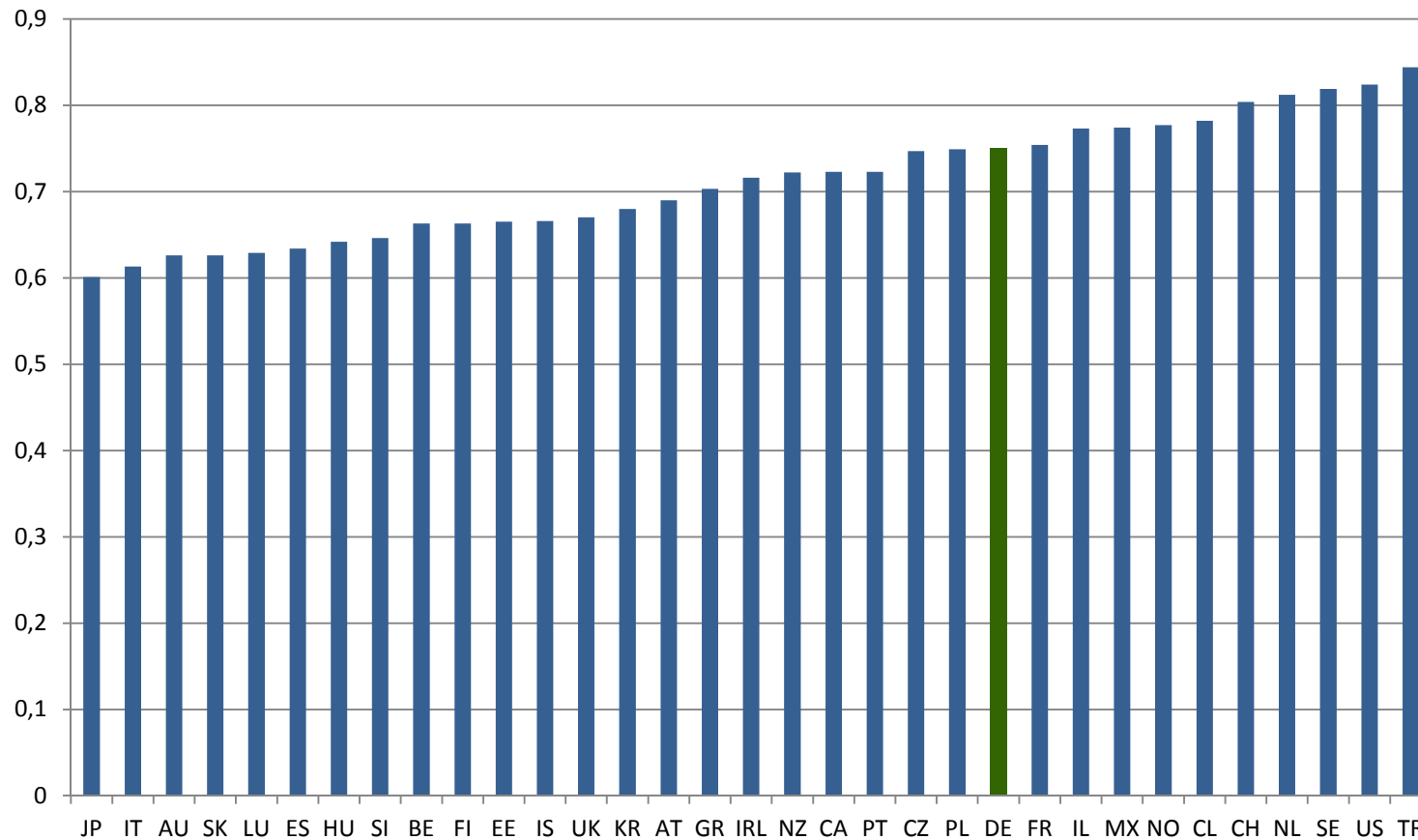
## 2. Ist die vermögensbezogene Besteuerung in Deutschland zu niedrig? (2/2)



Quelle: OECD (2012)

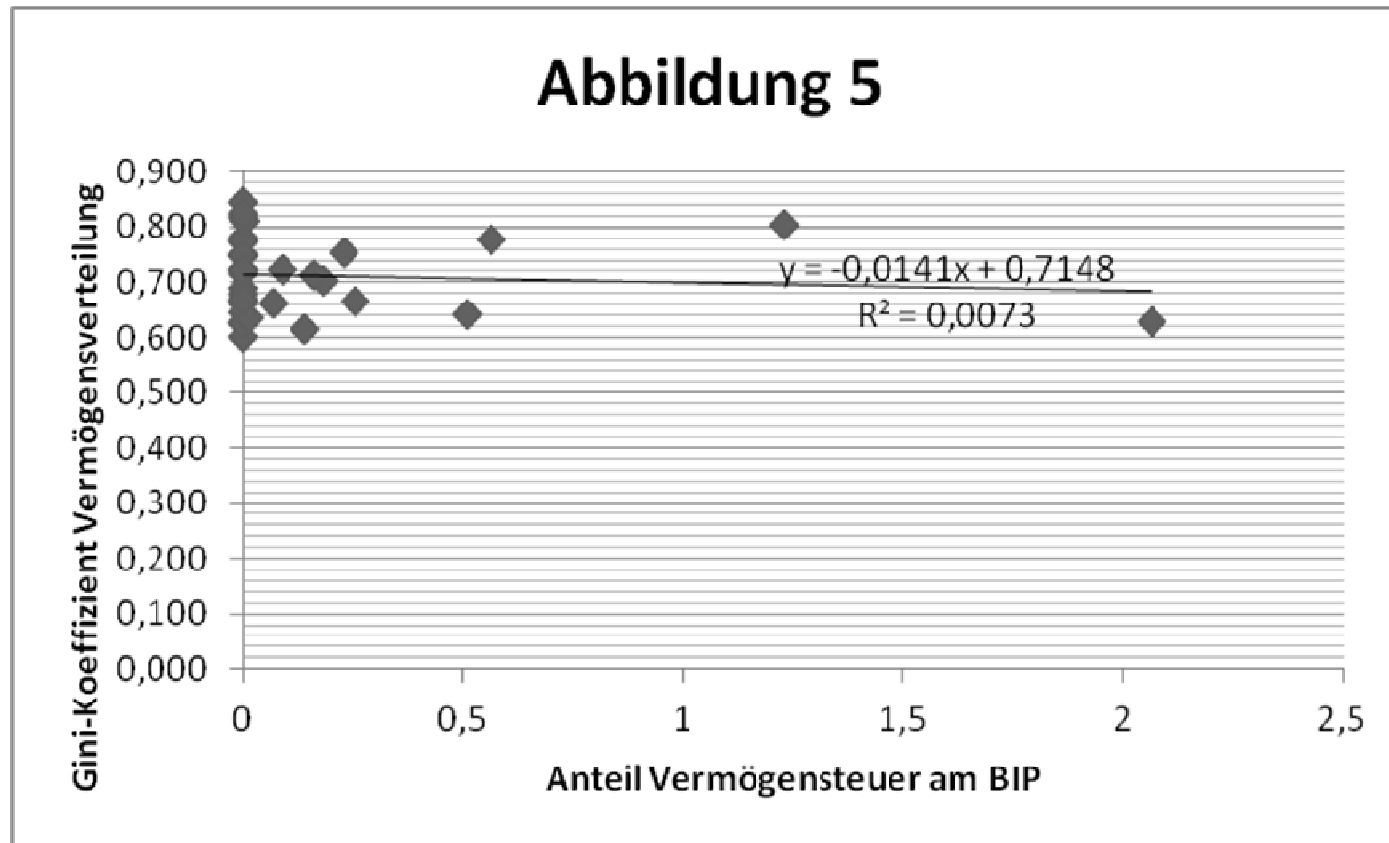
### 3. Führt eine Vermögensteuer zu einer gerechteren Umverteilung/Verteilungsgerechtigkeit? (1/3)

#### Gini-Koeffizient des Vermögens



Quelle: Davies et al. (2011)

### 3. Führt eine Vermögensteuer zu einer gerechteren Umverteilung/Verteilungsgerechtigkeit? (2/3)



### 3. Führt eine Vermögensteuer zu einer gerechteren Umverteilung/Verteilungsgerechtigkeit? (3/3)

- Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Die (Wieder-) **Einführung** der **Vermögensteuer** soll auch **die Verteilungsgerechtigkeit** erhöhen.
- **Antwort:** Vermögen kann aus Finanz-, Sach- und Immaterialvermögen, Humankapitalvermögen und Altersvorsorgevermögen bestehen. Der Vermögensbegriff jeder **Vermögensteuer umfasst** regelmäßig nur **Finanz-, Sach- und Immaterialvermögen**. Damit kommt es zu **Benachteiligungen von Selbständigen** gegenüber
  - **Arbeitnehmern** (keine Erfassung von **Renten- und Pensionsanswartschaften**);
  - **hochqualifiziert ausgebildeten Personen**, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (keine Erfassung von **Humankapitalvermögen**).
- Hinzu kommt, dass in Deutschland rund **65% des Vermögens durch Erbschaften erworben** werden.  
**Eine Vermögensteuer leistet keinen Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit, sondern kann Umverteilungsprobleme verschärfen. Adäquate Umverteilungsinstrumente sind die Erbschaftsteuer und die progressive Einkommensteuer.**

## 4. Benötigt Deutschland neben der Einkommen- und Erbschaftsteuer zusätzlich eine Vermögensteuer? (1/4)

- Die Vermögensteuer soll zusätzlich zur Einkommen- und Erbschaftsteuer eingeführt werden.
- Antwort: Dies sollte **aus mehreren Gründen nicht** geschehen:

(1) Eine Vermögensteuer führt in Kombination mit Einkommensteuer (Abgeltungsteuer 26,375%) und Erbschaftsteuer (hier: alle 30 Jahre) zur **Dreifachbelastung desselben Einkommens** und entfaltet bei **niedrigen Zinssätzen konfiskatorische Belastungen**

i \ $s_v$ $s_{erb}$	1			1,5		
	10	20	30	10	20	30
1	161,34	200,28	244,25	180,26	279,72	373,18
3	71,54	84,71	99,58	77,93	111,09	144,24
5	53,57	61,59	70,65	54,47	77,36	97,25

## 4. Benötigt Deutschland neben der Einkommen- und Erbschaftsteuer zusätzlich eine Vermögensteuer? (2/4)

- Eine **Vermögensteuer**

(2) hat verglichen mit anderen Steuern nachweislich **höhere Erhebungskosten** und ist deswegen deutlich weniger ergiebig. Schätzungen zur alten VSt ergaben Erhebungskosten von **bis zu 50%**, die bei einer Wiedereinführung der VSt durch die erforderliche **jährliche Marktbewertung** des Vermögens **deutlich höher** ausfallen würden.

(3) **mindert** die **Wettbewerbsfähigkeit** (inhabergeführter) **mittelständischer Unternehmen** (Entnahmezwang und damit Senkung der Eigenkapitalbasis).

(4) **verschlechtert** die **Investitionsbedingungen** und mindert die Standortattraktivität, wenn Kapitalgesellschaften ebenfalls vermögensteuerpflichtig wären.

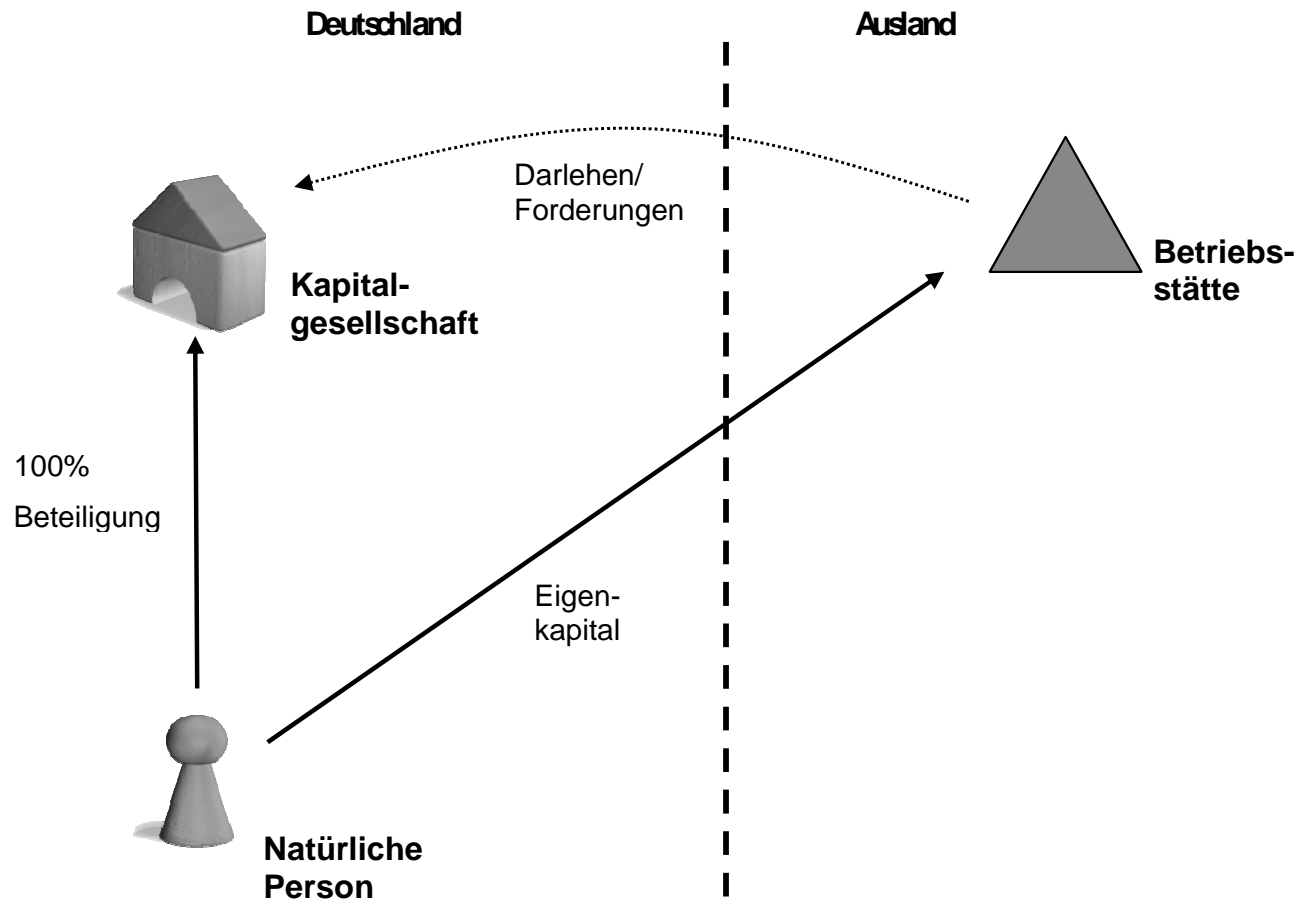
(5) setzt Anreize zu **Vermögens- und/oder Wohnsitzverlagerungen ins Ausland**.

## 4. Benötigt Deutschland neben der Einkommen- und Erbschaftsteuer zusätzlich eine Vermögensteuer? (3/4)

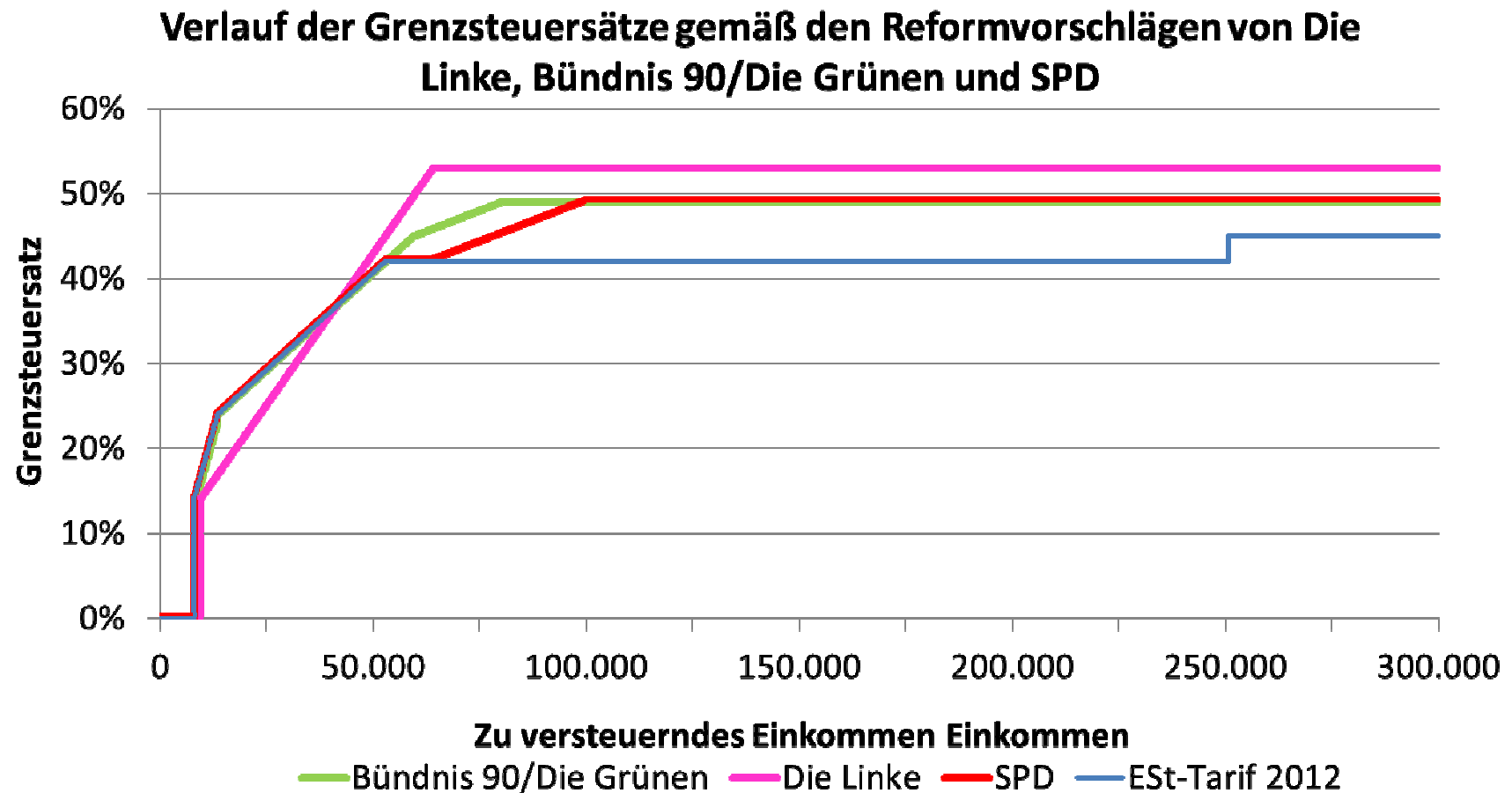
- Wieso sind **Vermögensverlagerungen ins Ausland** vergleichsweise einfach möglich?
  - (1) Eine **Vermögensteuer** ist im **internationalen Vergleich** (EU-27, AUS, CAN, CHI, JAP, CH und USA) eine **Ausnahmeerscheinung**. **Natürliche Personen** werden nur in Frankreich und der Schweiz (einzelne Kantone); **Kapitalgesellschaften** nur in Luxemburg, der Schweiz (einzelne Kantone) und den USA (einzelne Bundesstaaten) besteuert.
  - (2) Deutschland stellt in seinen **Doppelbesteuerungsabkommen** i.d.R. im Ausland belegenes Grund- und Betriebsvermögen sowie – bei Kapitalgesellschaften – Anteile an Kapitalgesellschaften **steuerfrei**.
    - Vermögensaufbau im Ausland (Grund- und Betriebsvermögen)
    - Fremdfinanzierung inländischer Investitionen (siehe folgende Grafik)
    - Wegzug ohne Auflösung stiller Reserven mit Vermögenswerten, die nicht steuerverhaftet sind (Kunstsammlungen, Antiquitäten, Bankguthaben etc.)



## 4. Benötigt Deutschland neben der Einkommen- und Erbschaftsteuer zusätzlich eine Vermögensteuer? (4/4)



## 5. Wer ist von den geplanten Erhöhungen der Einkommensteuer betroffen? (1/2)



## 5. Wer ist von den geplanten Erhöhungen der Einkommensteuer betroffen? (2/2)

- Umverteilung ab zVE von rund 85.000 €: Erhöhung Einkommensteuerspitzensatz

Bruttolohn (Monat)	Steuerzahlung		Mehrbelastung/Monat	
	Alt	SPD	Absolut	Prozent
6.000	1.647,99	1.647,99	0,00	0,00
7.000	2.091,09	2.103,57	12,48	0,60
15.000	5.635,89	6.190,29	554,40	9,94
50.000	22.044,75	24.283,54	2.238,79	10,16

- Hier: SPD-Konzept
  - Erhöhung Einkommensteuerspitzensatz von 45% (ab zVE 250.000 €) auf 49% (ab zVE 100.000 €)
  - Monatliche Steuerbelastung (ledig, keine Kinder) ohne SolZ und KiSt
  - Hinzu kommt Erhöhung der Abgeltungsteuer von 25% auf 32%

## 6. Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung

### Methodische Vorgehensweise

- European Tax Analyzer
- Computergestütztes Unternehmensmodell zur Durchführung von nationalen und internationalen Steuerbelastungs- und Steuerstrukturvergleichen
- Typische Vermögens- und Kapitalstrukturen werden anhand von empirischen Untersuchungen auf Basis der AMADEUS-Datenbank modelliert (hier: große Kapitalgesellschaft, Branchendurchschnitt EU-27)
- Simulation der ökonomischen Entwicklung des Unternehmens über 10 Jahre und der steuerlichen Veranlagung
- Ermittlung der effektiven Steuerbelastung auf Grundlage der finanzplangestützten Vermögensendwertmethode
- Detailgetreue Abbildung des aktuellen Steuersystems sowie der steuerpolitischen Reformvorschläge für Deutschland (Vermögenssteuer und Änderungen bei ESt)

## 6. Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung

### Zugrundeliegendes Unternehmensmodell

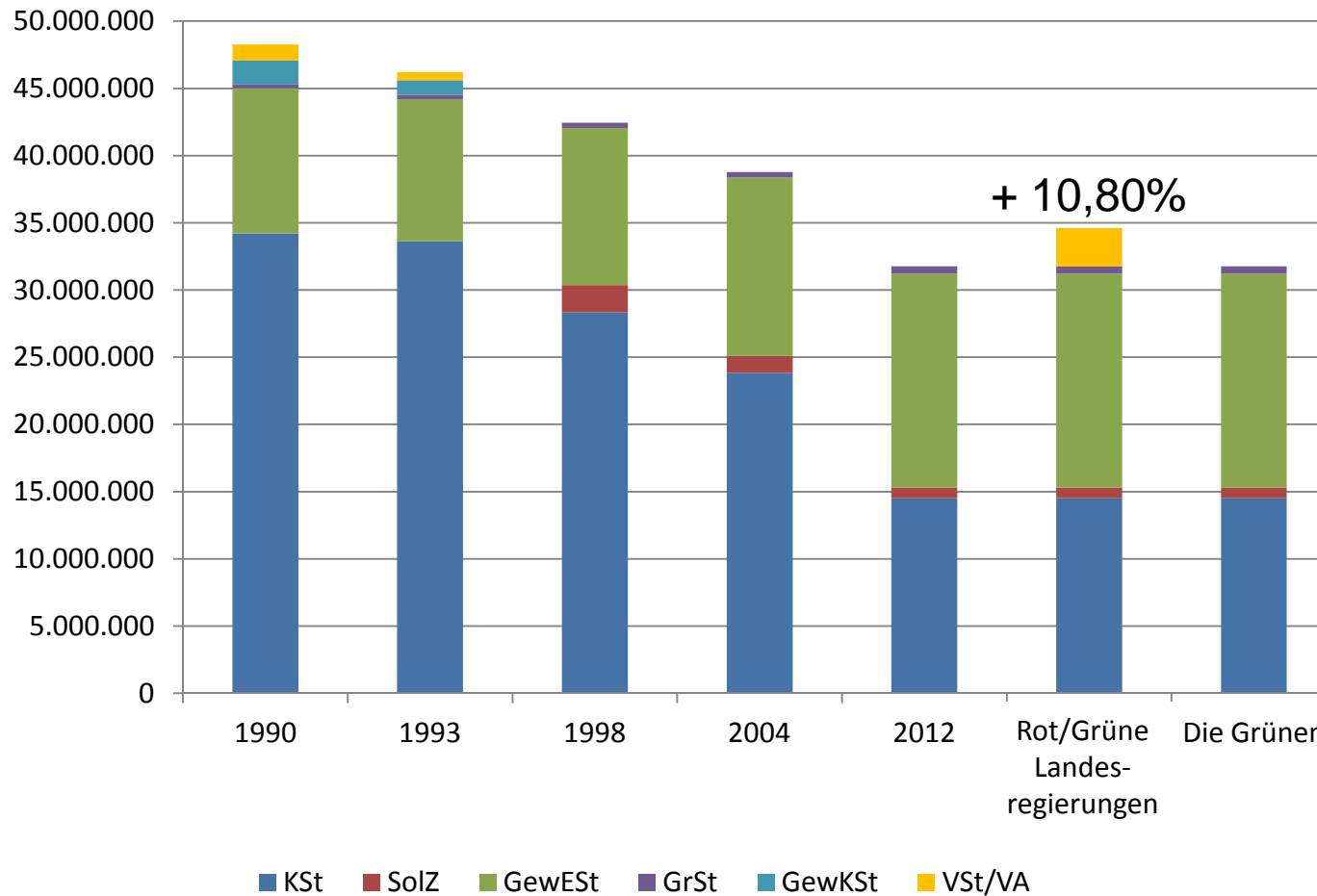
#### Steuerbilanz des Modellunternehmens (Periode 6 von 10)

AKTIVA		EUR	PASSIVA		EUR
A.	Anlagevermögen		A.	Eigenkapital	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	2.875.872	I.	Einlagen	18.207.742
II.	Sachanlagevermögen		II.	Gewinnrücklagen	21.082.562
1.	Grundstücke	16.129.763	III.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.124.827
2.	Maschinen	15.870.976	B.	Rückstellungen	
3.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.792.704	I.	Pensionen	0
III.	Finanzanlagen		II.	Sonstige	6.185.594
1.	Beteiligungen	8.075.041	C.	Verbindlichkeiten	
2.	Langfristige Forderungen	897.227	I.	Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	21.248.099
B.	Umlaufvermögen		II.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	10.070.619
I.	Vorräte	22.936.037	III.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	24.266.507
II.	Forderungen aus Lieferung und Leistung	15.945.781	IV.	Kurzfristige Verbindlichkeiten	
III.	Wertpapiere				
IV.	Kasse, Guthaben	37.910.648			
<b>SUMME</b>		<b>126.434.049</b>	<b>SUMME</b>		<b>126.434.049</b>

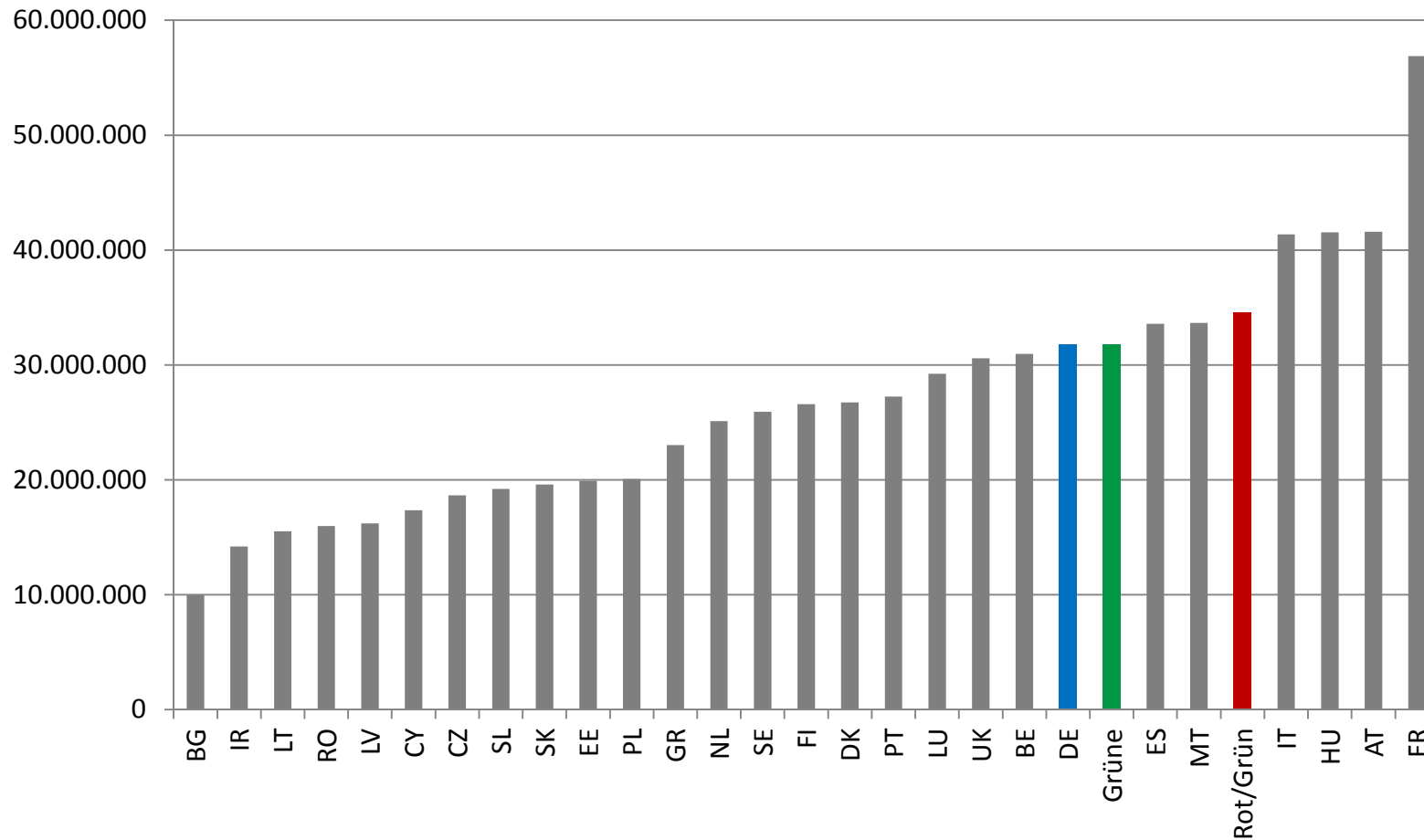
#### Erfolgs- und Bilanzkennzahlen des Modellunternehmens (Periode 6 von 10)

Anlageintensität	Umsatzrentabilität nach Steuern	Eigenkapital- rentabilität	Eigenkapitalquote	Vorratsintensität	Personalintensität
29,89%	2,59%	9,50%	34,34%	18,14%	20,97%

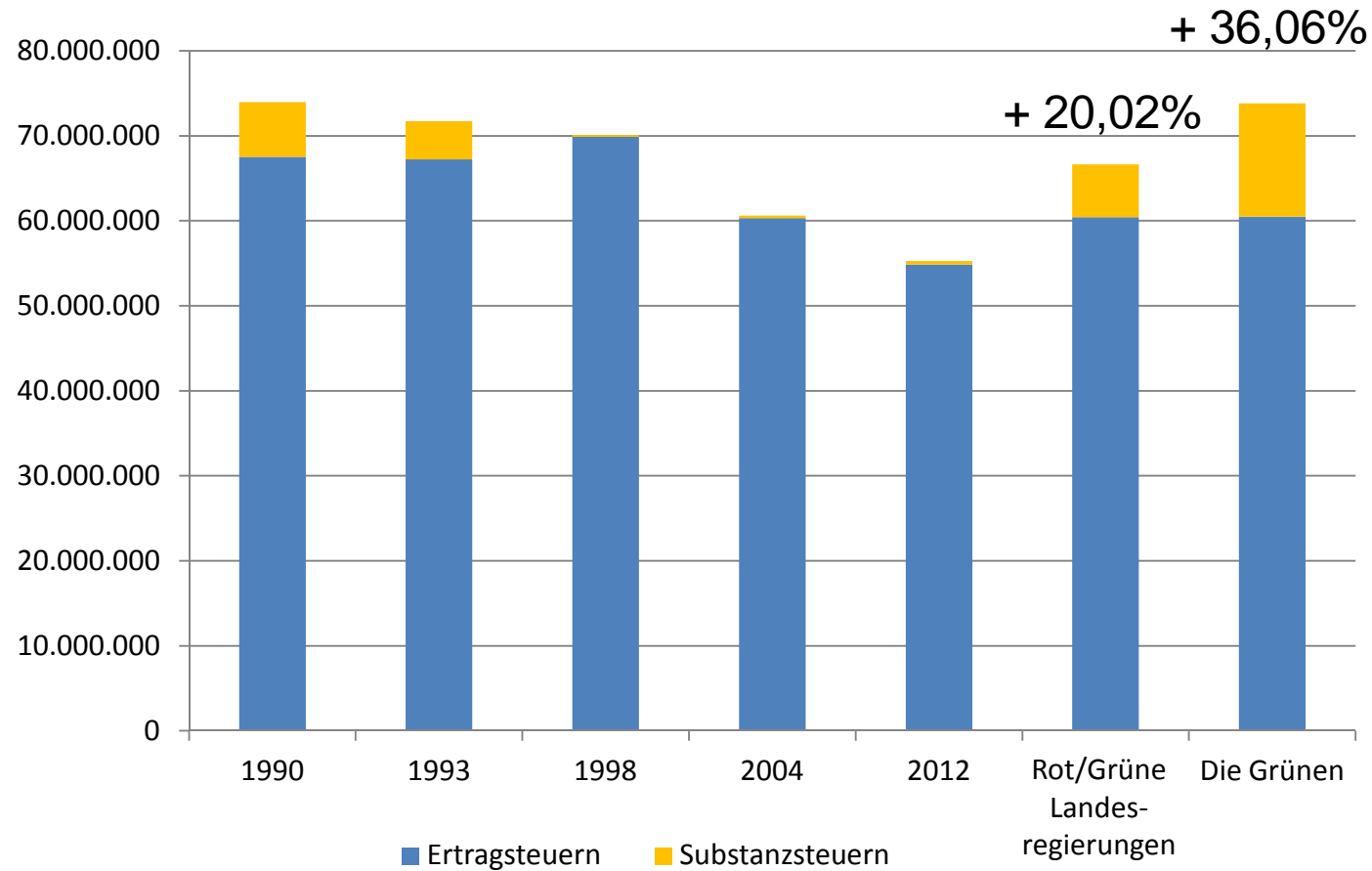
## 6. Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung (Unternehmensebene, Kapitalgesellschaft über 10 Perioden)



## 6. Positionierung Deutschlands im Ranking der EU-27 Staaten (Effektivbelastung Unternehmensebene, Kapitalgesellschaft über 10 Perioden)

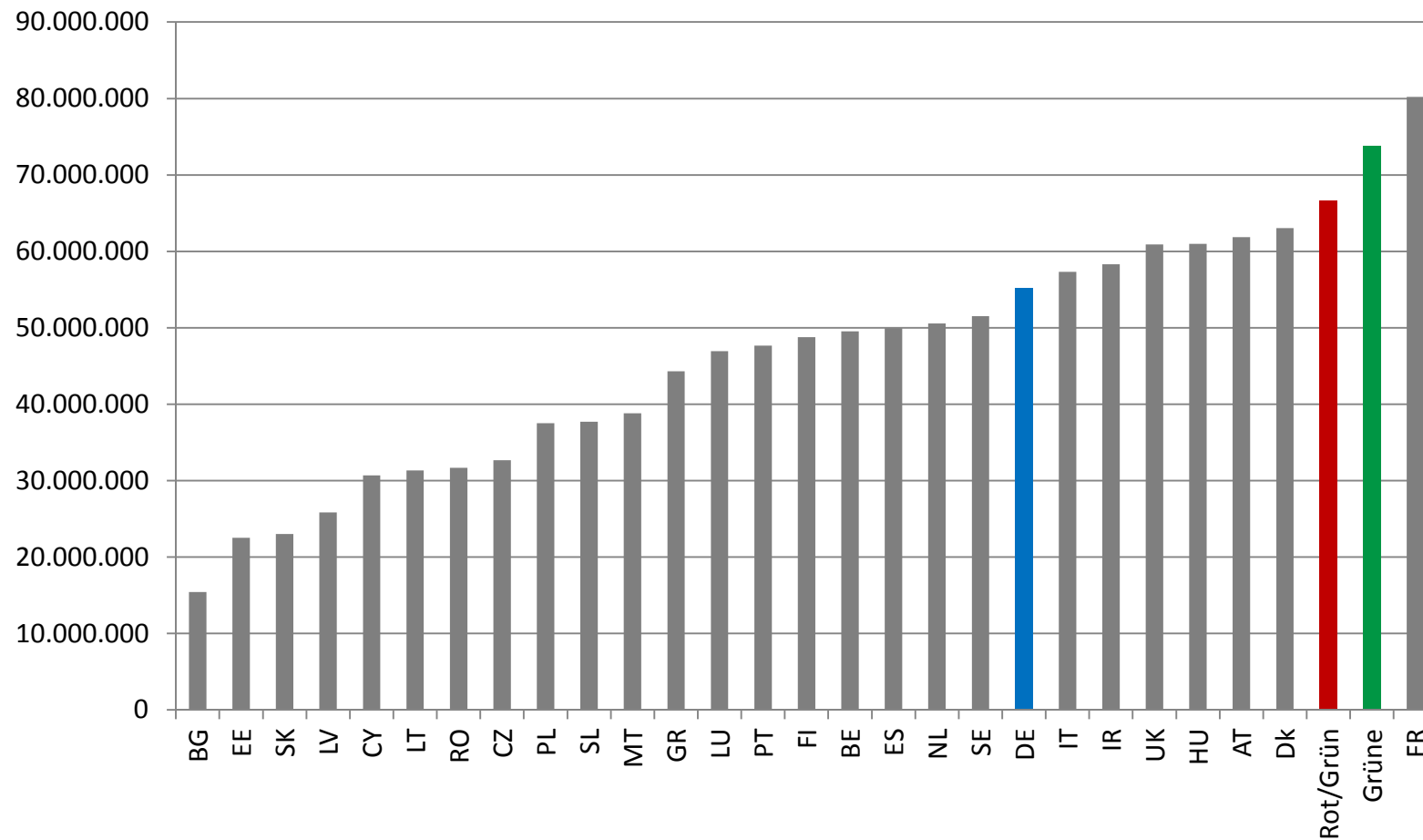


## 6. Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung (Gesamtebene, Kapitalgesellschaft und Anteilseigner über 10 Perioden)





## 6. Positionierung Deutschlands im Ranking der EU-27 Staaten (Effektivbelastung Gesamtebene, Kapitalgesellschaft und Anteilseigner 10 Perioden)



## 7. Fazit (1/2)

- Ein wichtiges Motiv für Einkommensteuererhöhungen und eine Wiedereinführung der Vermögensteuer in Deutschland ist der Wunsch nach mehr Umverteilung .
- Tatsächlich zeigt sich, dass in Deutschland eine weitaus größere Umverteilung durch Steuern und staatliche Transfers erfolgt als im OECD-Durchschnitt.
- Außerdem ist es nicht richtig, dass die vermögensbezogenen Abgaben in Deutschland im OECD-Durchschnitt zu gering sind.
- Schließlich leistet eine Vermögensteuer keinen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, sondern verschärft Umverteilungsprobleme.
- Die Pläne zur Erhöhung der Einkommensteuer betreffen die Progression, den Spitzensteuersatz und die Abgeltungsteuer.
  - Die Änderungen beim Einkommensteuertarif führen bei einem zu versteuernden Einkommen ab rund 85.000 Euro (ledig, keine Kinder) zu Mehrbelastungen. Für Spitzeneinkommen kann sich eine Mehrbelastung von rund 10% ergeben.
  - Von einer Erhöhung der Abgeltungsteuer sind alle Bezieher von Kapitaleinkünften betroffen.

## 7. Fazit (2/2)

- Eine Vermögensteuer sollte auch deswegen nicht in Betracht gezogen werden, weil sie
  - in Kombination mit der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer zu einer dreifachen Belastung desselben Einkommens führt;
  - in Krisenzeiten eine reale Enteignung bewirkt;
  - hohe administrative Kosten verursacht;
  - durch Vermögensverlagerungen ins Ausland leicht vermieden werden kann;
  - die Bedingungen für Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verschlechtert;
  - die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen vermindert (Gesamtsteuerbelastung steigt um 20% (SPD) bzw. 36% (Bündnis 90/Grüne) für ein repräsentatives Musterunternehmen);
  - dem Steuerstandort Deutschland schadet und gemeinsam mit geplanten Einkommensteuererhöhungen steuerpolitische Errungenschaften der vergangenen zwei Jahrzehnte rückgängig macht.
- Das wichtigste Fazit lautet also, in Deutschland keine Vermögensteuer vorzusehen. Eine größere Verteilungsgerechtigkeit lässt sich über die Stärkung der Erbschaftsteuer sowie eine Erhöhung der Einkommensteuer erreichen. Durch den Ausbau der Grundsteuer könnte Deutschland die vermögensbezogene Steuerbelastung dem OECD-Schnitt angleichen. Grund- und Erbschaftsteuer sind ohnehin reformbedürftig.

**Prof. Dr. Christoph Spengel**

Universität Mannheim und  
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Tel.: +49 621 181 1704

E-Mail: spengel@uni-mannheim.de



- Spengel, C./Evers, L., Steuerpolitische Programme der Bundestagsparteien - Konsequenzen für die effektive Unternehmenssteuerbelastung, in: Der Betrieb (DB) 2012, S. 705-710
- Spengel, C./Evers, L./Evers, M.T., Probleme einer Vermögensteuer in Deutschland – Eine ökonomische Analyse, in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftspolitik, 1/2013
- Spengel, C./Evers, L./Evers, M.T./Streif, F., Steuerreformpläne der Bundestagsparteien zur Wiederbelebung der Vermögensteuer, Mannheim 2013 (unveröffentlichtes Manuskript)

## A.1 Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung (Unternehmensebene, Kapitalgesellschaft über 10 Perioden)

	Effektive Gesamtsteuerbelastung (EUR)	Abweichung zu 2012 (%)	Anteil Ertragsteuern	Anteil Substanzsteuern
2012	31.777.110	0,00	98,25	1,75
Rot/Grüne Landesregierungen	34.605.173	10,80	88,65	11,35
Bündnis 90/ Die Grünen	31.777.110	0,00	98,25	1,75
1990	48.273.970	52,03	93,27	6,73
1993	46.193.413	45,48	95,67	4,33
1998	42.436.500	33,65	99,12	0,88
2004	38.793.628	22,18	98,88	1,12

## A.1 Auswirkungen auf die effektive Steuerbelastung (Gesamtebene, Kapitalgesellschaft und Anteilseigner über 10 Perioden)

	Effektive Gesamtsteuerbelastung (EUR)	Abweichung zu 2012 (%)	Anteil Ertragsteuern	Anteil Substanzsteuern
2012	54.913.038	--	99,27	0,73
Rot/Grüne Landesregierungen	65.908.974	20,02	90,48	9,52
Bündnis 90/ Die Grünen	73.955.749	36,06	80,88	19,12
1990	73.955.749	33,88	91,30	8,70
1993	71.677.199	29,75	93,78	6,29
1998	70.101.092	26,90	99,66	0,34
2004	60.616.429	9,73	99,47	0,53